

Interpellation Christa Ammann (AL): Reitschule: Rechtsstaat oder Kollektivstrafen und Sippenhaft? Ist der Sicherheitsdirektor Ankläger, Richter und Henker in Personalunion?

Egal was mensch persönlich von den Farbandschlägen und Auseinandersetzungen beim Polizeiposten Waisenhaus in der Nacht vom 20. auf den 21. Februar 2015 hält: Viel erschreckender als die Geschehnisse sind die darauffolgenden Reaktionen einiger Medienschaffenden, Online-Kommentar-Schreibenden, Parteien und Polizeiverbandsfunktionäre, die von einem rechtsstaatlichen Verständnis höchst fragwürdiger Art zeugen. Allen voran die Reaktion von Sicherheitsdirektor Reto Nause.

Wie so oft, wenn es angeblich oder real um die Reitschule geht, verlieren gewisse ZeitgenossInnen – sei es aus politischem Kalkül oder Schlagzeilen-Geilheit – jegliches Mass. Bevor überhaupt seriös (z.B. juristisch) allfällige Schuldfragen geklärt sind, sollen bereits Köpfe rollen. Anstatt über die mutmasslichen TäterInnen, deren Motivation und politische Antworten darauf zu debattieren, wird viel lieber auf den ewigen Sündenbock Reitschule eingehauen. Dabei wird mit Vorliebe mit Verschärfungen der Sicherheitsvereinbarung, regierungsstatthalterlich-gewerbepolizeilichen Sanktionen oder gar der (temporären) Schliessung der Reitschule gedroht. Deeskalation und ein Interesse an vernünftigen Lösungen sieht anders aus.

Durch die offen zur Schau gestellte Grundhaltung des Sicherheitsdirektors wird dabei die Rolle der Stadt Bern als verlässliche Vertragspartnerin regelmässig in Frage gestellt. Jedes geworfene Fläschli stellt für ihn gleich den ganzen Vertrag in Frage. Angesichts dieser schon fast chronischen Wankelmütigkeit ist es ein Wunder, dass überhaupt noch jemand (Leistungs-)Verträge mit der Stadt Bern schliesst. Oder anders ausgedrückt: Nicht die Reitschule ist der vielbeschworene „rechtsfreie Raum“, sondern das von Sicherheitsdirektor Nause geschaffene Klima bezüglich Leistungsvertrag.

Auch die Rolle der Polizeiverbände und die Aussagen ihrer Exponenten (Stichwort „EU-Terrorismus-Definition“) sind dermassen populistisch und beschämend, dass mensch sich dafür nur noch fremschämen kann.

Dem muss dringend etwas entgegengesetzt werden. Der Gemeinderat wird dazu gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was hält der Gesamtgemeinderat angesichts der Geschehnisse von Paris, Kopenhagen, Syrien, Irak, Nigeria und anderswo von Herrn Nauses skandalösen und deplatzierten „Terrorismus“-Vorwürfen? Wird sich der Sicherheitsdirektor oder der Gesamtgemeinderat bei den wirklichen Betroffenen von Terrorismus für diese Verharmlosung des Terrorismus entschuldigen?
2. In der Stadt Bern gab es einige Anschläge terroristischer Natur. So z.B.
 - a. den Brandanschlag auf die Remise West der Reitschule (1990), bei dem auch versucht wurde, mittels aufgedrehter Gasflaschen im Treppenhaus die BewohnerInnen des Wohnhauskomplexes zu ermorden
 - b. den Sturmgewehr-Anschlag auf das „Solterpolter“ im Marziliquartier (2000)
 - c. den Brandbombenanschlag auf das Antifa-Festival in der Grossen Halle der Reitschule (2007)

Ist der Gesamtgemeinderat bereit, diese Anschläge offiziell als Terrorismus anzuerkennen?

3. Welche Mittel stehen dem Gesamtgemeinderat zur Verfügung, wenn sich ein Gemeinderat nicht an gemeinsam getroffene Abmachungen hält?
4. Welche Mittel stehen dem Gesamtgemeinderat zur Verfügung, wenn sich ein Gemeinderat nicht an Abmachungen mit VertragspartnerInnen hält?

5. Was für Möglichkeiten gibt es, einem Gemeinderatsmitglied aufgrund von Befangenheit ein Dossier wegzunehmen? Wer kann definieren, ob ein Gemeinderatsmitglied befangen ist?
6. Angesichts der Befangenheit von Sicherheitsdirektor Nause, sollte ihm eigentlich das Dossier Reitschule weggenommen werden. Was für Möglichkeiten gibt es da?
7. Der Sicherheitsdirektor preschte mit seinem Vorgehen ein weiteres Mal vor und goss Öl ins Feuer. Nicht zum ersten Mal verstösst er dabei gegen Abmachungen, wie bei Konflikten vorgegangen wird und verletzt damit mutmasslich vorsätzlich die Sicherheitsvereinbarung und den Leistungsvertrag. Einmal mehr kurz vor Verhandlungen zwischen Reitschule und der Stadt Bern.
 - a. Was hält der Gesamtgemeinderat von diesem Vorgehen?
 - b. Wird sich der Gesamtgemeinderat davon distanzieren?
 - c. Wie wird Herr Nause sanktioniert?
8. Wer bestimmt, wann eine Sicherheitsbestimmung und sonstige Vertragsverpflichtungen nicht eingehalten wurden?
9. Inwiefern werden die öffentlich und nicht öffentlich gemachten Meinungen des kantonalen Polizeidirektors, der Kantonspolizei und der verschiedenen Polizeiverbände vor und während den Verhandlungen berücksichtigt und einbezogen? Können dabei die Interessen der Stadt Bern und der Reitschule überhaupt noch gewährleistet werden?
10. Nicht zum ersten Mal schiessen Exponenten der Polizeiverbände mit ihren provokativen und deplazierten Statements weit über das Ziel hinaus. Deren Äusserungen werden nicht nur von Betroffenen aus dem Reitschule-Umfeld als Aufforderung und Freipass für zukünftige Übergriffe und exzessive Polizeigewalt (u.a. Schusswaffen-Einsatz) z.B. gegen DemonstrantInnen und Vorplatz-BesucherInnen empfunden.
 - a. Wie gedenkt der Gemeinderat auf diese Entwicklung zu reagieren?
 - b. Wird er die Polizeiverbände zur Mässigung anhalten?
11. Die Mentalität nicht weniger KantonspolizistInnen werden von vielen Stadtberner BürgerInnen als zu „ländlich“ empfunden. Ihre Eignung für den „urbanen Dienst“ wird daher bezweifelt.
 - a. Wie viele der KantonspolizistInnen, die in der Stadt Bern ihren Dienst verrichten, wohnen auch in der Stadt Bern?
 - b. Was hält der Gesamtgemeinderat von der Einführung einer urbaneren Stadtpolizei?
12. Zum Polizeiposten Waisenhaus:
 - a. Wie wird die Sicherheit des Polizeipostens Waisenhaus gewährleistet?
 - b. Gibt es ein Sicherheitskonzept?
 - c. Wie wird der Waisenhaus- und andere Polizeiposten in Zukunft geschützt?
 - d. Ist laut Sicherheitsvereinbarung der Sicherheitsdienst der Reitschule neuerdings auch zuständig für die Sicherheit beim Polizeiposten Waisenhaus?
13. Kann die – notabene viel besser ausgerüstete und trainierte – Kantonspolizei von BürgerInnen und Sicherheitsdiensten verlangen, sich Risiken auszusetzen, welche sie selber als unzumutbar einstufen?

Begründung der Dringlichkeit

Das Reitschule-Bashing hat jedes Mass verloren. Sicherheitsdirektor Nause spielt dabei eine unrühmliche Rolle und scheint befangen zu sein, was das Dossier Reitschule angeht. Seine Rolle muss dringendst geklärt werden.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Dieser Vorstoss wurde verfasst von Tom Locher.

Die AL Bern versteht sich als basisdemokratischer Zusammenschluss, deren gewählte Person in Delegierten-Funktion die Anliegen von anderen ihr nahestehenden Gruppen, Einzelpersonen und nicht-parlamentarisch-aktiven AL-Menschen ins Parlament trägt. Im Sinne der Transparenz und um der Personenfixierung auf die parlamentarische Vertretung entgegenzuwirken, wird deshalb der Name des/der VerfasserInnen auf dem Vorstoss erwähnt (ausser die UrheberInnen wünschen explizit, dass dies nicht so sein soll).

Bern, 26. Februar 2015

Erstunterzeichnende: Christa Ammann

Mitunterzeichnende: Rolf Zbinden, Mess Barry, Luzius Theiler